

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Susann Enders

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Andreas Krahl

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Roland Magerl

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Helmut Radlmeier

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur weiteren Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER),**

**Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und
Fraktion (CSU)**

Freiwillige als Unterstützung für Pflegeeinrichtungen gewinnen (Drs. 18/12462)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Kollegin Susann Enders das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dies ist meine letzte Rede für heute. Wir machen Mut. Wir schauen nach vorne. Unsere Aufgabe als Regierungskoalition ist es nicht, Hysterie zu verbreiten, sondern unsere Aufgabe ist die sachliche Darlegung der Fakten und der optimistische Blick nach vorne, dort, wo er berechtigt ist.

Die Infektionslage bedeutet besonders für ältere Mitmenschen in Pflegeeinrichtungen weiterhin eine hohe Gefahr. Wir steuern noch einmal mit unserem heutigen Dringlichkeitsantrag nach. Mit diesem wollen wir genau den Bereich, der weiterhin als sehr schützenswert gelten muss, nämlich Pflegeeinrichtungen, noch einmal unterstützen. Wir wollen in Bayern alle Hebel in Bewegung setzen, um Pflegerinnen und Pflegern Sicherheit zu geben. Tests sind dabei elementar wichtig. Wir haben die Zahl der Tests beim Pflegepersonal erhöht und haben im Blick, dass es für die Durchführung der Tests Personal braucht.

Meine Damen und Herren, in Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen, die da sehr aufgeschlossen sind, wollen wir zügig eine umfassende und öffentlichkeitswirksame Kampagne für die Mobilisierung von Freiwilligen zur Unterstützung der Pflegeeinrichtungen in Bayern starten. Das BRK hat uns hier schon seine Unterstützung signalisiert und sozusagen positive Vibes gebracht, getreu dem Motto: Gemeinsam sind wir stark. Gemeinsam können Bund und Länder zur Bewältigung der Corona-Pandemie viel

Gutes leisten. Deshalb begrüßen wir FREIE WÄHLER den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 5. Januar 2021 ausdrücklich.

Wir wollen gemeinsam die personellen Engpässe bei der Durchführung der dringend erforderlichen COVID-19-Schnelltests beseitigen und die zum Einsatz kommenden Freiwilligen unterstützen. Parallel dazu sollen die Freiwilligen eine fachlich fundierte Einweisung erhalten. Der Freistaat trägt dafür die Kosten. Warum ist das so? – Weil diese Schnelltests zum Schutz der Bewohner und der Mitarbeiter essenziell notwendig sind. Die Zahlen zeigen es. Über 50 % aller Personen, die im Zusammenhang mit COVID-19 verstarben, waren Bewohner dieser Einrichtungen. Diese gilt es besser zu schützen, gerade auch mit Blick auf die anstehenden Lockerungen in den kommenden Wochen, auf die wir alle hoffen, wenn sich die Zahlen weiterhin verbessern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte unterstützen Sie unseren Antrag. Ich sehe hier auch noch ein ganz anderes Potenzial: Angesichts der derzeitigen Spaltung der Gesellschaft und mit Blick darauf, wie ganz krasse Meinungen und Extreme aufeinanderprallen, wird dieses Miteinander und die Möglichkeit, sich für seinen Nächsten als Ehrenamtlicher einzubringen, ebenfalls dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft gerade auch in Corona-Zeiten weiterhin zusammensteht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin Enders, es gibt wieder eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Dr. Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrte Frau Enders, Sie sprechen von einem optimistischen Blick. Erklären Sie mir bitte, warum das ein optimistischer Blick ist, wenn bis zum heutigen Tage diese Tests nicht garantiert sind, Sie jetzt auf die Suche nach Freiwilligen gehen und mit ihnen die Durchführung der Tests überhaupt erst sicherstellen wollen.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Herr Dr. Spitzer, mir hätte etwas gefehlt, wenn Sie jetzt keine Zwischenbemerkung gemacht hätten. Uns unterscheidet eines: Für Sie ist das Glas halb leer; für mich ist es halb voll. Ich sehe, dass es noch Potenzial gibt. Wir haben uns intern in der Regierungskoalition Gedanken darüber gemacht, wie wir dieses Potenzial heben können. Wir sind ja nicht blöd, meine Damen und Herren. Wir sehen die Engpässe vor Ort. Der Unterschied zwischen uns beiden ist aber, dass wir richtig darauf reagieren und Sie nur bemängeln, wie reagiert wird. Das finde ich schade.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Enders. – Nächster Redner ist Herr Kollege Andreas Krahl für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Enders, wir und übrigens alle Oppositionsfraktionen haben das, was die FREIEN WÄHLER hier begrüßen und die Bundesregierung jetzt umsetzt, schon vor Monaten – weitsichtig, wie wir damals waren – gefordert. Damit nicht gleich am Anfang Missverständnisse auftauchen, sage ich: Auch wir begrüßen die Unterstützung der Pflegeeinrichtungen bei der Durchführung der nötigen Schnelltests. Wir begrüßen dies nicht nur, sondern wir fordern dies seit Oktober 2020. Wir haben den Ausbau von mobilen Testteams, individuelle Schutzkonzepte und Dialogstellen gefordert. All dies wurde von den FREIEN WÄHLERN abgelehnt. Ebenso wurden alle darauffolgenden Anträge im Oktober, November und im Dezember abgelehnt.

Weil hier die FREIEN WÄHLER und die Staatsregierung insgesamt geschlafen haben, hat sich jetzt der Bund eingeschaltet und das Zepter in die Hand genommen. Während Sie uns dazu auffordern, etwas zu begrüßen, sitzt das BRK schon direkt am Ausarbeiten der Schulungen, die Sie erst andenken. Während wir hier heute Abend reden, laufen schon die ersten Schulungen dieser Freiwilligen, die Sie noch immer fordern.

Damit hat das BRK keine positiven Vibes – um Ihre Worte zu verwenden – an die FREIEN WÄHLER geschickt. Nein! Damit übernimmt das Bayerische Rote Kreuz das Hilfeleistungsgesuch vom Deutschen Roten Kreuz, das wiederum vom Bundesministerium, mit dem die FREIEN WÄHLER wirklich nichts zu tun haben, angefordert wurde. Und genau dasselbe Bundesministerium – noch einmal: Bundesministerium! – übernimmt auch die Kosten für diese Schulungen. Auch hier ist der Freistaat mittlerweile komplett raus aus der Nummer. Ich kann es aber auch in Worten sagen, die die FREIEN WÄHLER vielleicht besser verstehen: Wenn i des halbe Hendl scho zahlt hab, brauchts es ihr nimmer zahl'n. Genau so verhält es sich mit diesem Antrag.

Unbezahlbar ist allerdings die Idee, den Hilfsorganisationen ausgerechnet jetzt, wo sie mit dem Impfen, dem Testen und der Unterstützung sowieso schon überfordert sind, noch eine Werbekampagne aufs Auge zu drücken, für die eigentlich die Vereinigung der Pflegenden oder der Freistaat zuständig wäre.

Zusammengefasst: Liebe FREIE WÄHLER, dieser Antrag ist zum jetzigen Zeitpunkt, weil sich der Bund schon eingeschaltet hat und das Ganze schon läuft, mehr als überflüssig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Abgeordneten Roland Magerl von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, in dem Dringlichkeitsantrag begrüßen Sie den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz. Ja, es ist höchste Zeit, dass bei den Beschäftigten in den Pflegeheimen sinnvoll getestet und den Pflegekräften unter die Arme gegriffen wird. Das unterstützen wir ebenfalls.

Nun soll ohnehin von zwei auf drei Tests pro Mitarbeiter und Woche angehoben werden. Wir sehen aber immer noch eklatante Lücken, welche das Risiko einer Einschleppung des Virus in die Heime durch das Personal ermöglicht. Deshalb befürworten wir von der AfD, dass sich das Personal der Kranken- und Pflegeeinrichtungen selbst täglich vor der Arbeitsaufnahme auf das Virus testet. Ich habe es heute schon einmal angesprochen. Hierzu eignen sich besonders die Spuck- bzw. Speicheltests, welche mittlerweile auf dem Markt sind.

Die Beschäftigten könnten sich schon zu Hause selbst testen, bevor sie sich auf den Weg zur Arbeit machen. Auf diese Weise wird kein weiteres kostbares und dringend notwendiges Personal für die Tests gebunden. Dennoch fehlt es an Pflegepersonal, wenn man den Bewohnern besonderen Schutz zukommen lassen will. Genau hier bietet es sich an, den vielen Studenten, welche ihre 450-Euro-Jobs durch Ihre Berufsverbotspolitik verloren haben, eine Möglichkeit zu bieten, sich ihr Studium zu finanzieren und dabei gleich praktische Erfahrungen zu sammeln. An dieser Stelle könnte man die Hilfsorganisationen noch als Back-up anfragen, sollte der Pool nach der Anwerbung von Studenten nicht genügend Personal umfassen.

In der Arbeitssicherheit gibt es das TOP-Prinzip: Technisch, organisatorisch, persönlich. Genau deshalb lehnen wir den Antrag ab. Die technischen Möglichkeiten in Form von Spucktests sind da, werden aber nicht genutzt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin rufe ich Frau Abgeordnete Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion auf.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es hier? – Der Bund will durch eine Kooperation mit Freiwilligen, zum Beispiel den Wohlfahrtsorganisationen, mehr Personal für Schnelltests in Pflegeheimen organisieren. Das Problem ist: Die beteiligten Organisationen wissen

zum Teil auch zwei bis drei Wochen nach dem Beschluss noch nicht genau, was auf sie zukommt. Jetzt sollen Soldaten einspringen und zumindest für drei Wochen helfen.

Anstatt mit diesem Antrag zu begrüßen, was noch stockt und nicht läuft, sollten Sie erst einmal in Bayern die Hausaufgaben machen, die dafür Voraussetzung sind. Zum Beispiel ist im Bund geregelt, dass Interessierte einen medizinischen Hintergrund haben sollten, dass sie aber in jedem Fall vom Roten Kreuz oder anderen geschult werden sollten. Das ist aber unklar. Die Länder machen das alle für sich und unterschiedlich. Muss jemand wirklich eine pflegerische Vor- oder Ausbildung haben? Wie macht das Bayern? Das sollten Sie zunächst einmal klären. Der Hintergrund ist, dass wir in den Heimen eine verschärfte Testpflicht haben, die wegen des Personalmangels kaum noch umgesetzt werden kann. Die Schnelltests heißen zwar so, dauern aber im Einzelfall um die 30 Minuten. Schließlich muss das Personal zunächst Schutzkleidung anziehen usw.

Die Interessenten sollen sich bei der Bundesagentur informieren und melden. Die Bundesagentur will die Bewerber aber nicht auswählen, sondern die Daten sammeln und sie an die Landkreise und Kommunen weitergeben. Eine Hotline lässt bislang noch auf sich warten. Allerdings ist immer noch nicht geklärt – Thema Hausaufgaben –, wer haftet, wenn die Tests fehlerhaft durchgeführt werden. Was passiert, wenn jemand fälschlicherweise negativ getestet wurde und dann ins Heim gelassen wird, sodass ein Ausbruchsgeschehen oder eine Infektion entsteht? Haftet dafür der Heimbetreiber oder der Träger?

Selbst für eine Anfrage bei der Bundeswehr für eine Übergangszeit ist in den Heimen zu wenig Zeit. Sie müssen schließlich gleichzeitig impfen bzw. die Einwilligungen dafür einholen. Auch die Koordination der Freiwilligen verursacht Arbeit vor Ort. Viele Einrichtungen haben sich schon selber Freiwillige gesucht. Auf der Seite der Bundesagentur findet sich eine Liste, in welchen Städten und Landkreisen aktuell ein Bedarf an Testhelfern besteht. In Bayern ist das nur ein einziger Landkreis, nämlich der Landkreis Neuburg-Schrobenhausen. Der Bedarf hält sich an dieser Stelle in Grenzen. Was

will ich damit sagen? – Das ist noch nicht die ultimative Lösung für die Probleme. Konzentrieren Sie die Testkapazitäten auf die Heime und nicht auf Jedermann-Tests. Das bringt uns mehr.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Frau Kollegin Waldmann, die Verteidigungsministerin hat sich heute Morgen in der Presse geäußert. Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass die Landkreise und die kreisfreien Städte – die SPD stellt ungefähr zwanzig Oberbürgermeister in Bayern – die Hilfsangebote der Bundeswehr anfordern oder nicht anfordern? Die Landkreise und kreisfreien Städte haben auch die Heimaufsicht. Sie sagen, den Heimen fehle die Zeit, um die Bundeswehr anzufragen. Das ist auch nicht der vorgesehene Weg. Die Kommunen sollen sich um die Heime kümmern und den Kontakt zur Bundeswehr herstellen. Hier liegt die Verantwortung vor Ort. Manche Kommunen machen das gut, manche machen es schlecht. Ich weiß nicht, welche parteipolitischen Farben im Einzelnen betroffen sind. Bei den Städten wird das Thema unterschiedlich gehandhabt. Meines Wissens hat jeder, der angefragt hat, von der Bundeswehr Unterstützung bekommen. Das ist eine Aufgabe der Kommunen, nicht der Heime.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön, Frau Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): In diesem Antrag geht es nicht um die Bundeswehr, sondern um die Begrüßung des Einsatzes von Freiwilligen. Die Bundeswehr springt maximal für drei Wochen ein. Das ist gut, dass sie das tut. Ob und wo sie das tut, entzieht sich meiner Kenntnis. Hier geht es erst einmal darum, dass eine Testverordnung herausgegeben wurde, die schwer umsetzbar ist. Jetzt wird mit allen Mitteln versucht, die Heime zu unterstützen. Das ist im Grunde begrüßenswert. Deshalb werden wir auch

nicht gegen diesen Antrag stimmen. Wir sind nicht dagegen, dass sich Freiwillige melden. Wir wünschen uns aber von Ihnen als Vertreter der Regierungsseite, dass Sie alle Voraussetzungen dafür schaffen, dass das wirklich klappt, statt einen Begrüßungsantrag zu stellen. Von alleine funktioniert das leider nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Waldmann. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion auf.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Liebe FREIE WÄHLER, seien Sie mir nicht böse, aber Ihren Antrag habe ich mit Fassungslosigkeit zur Kenntnis genommen. Seit Monaten schlagen wir unter anderem im Gesundheitsausschuss Maßnahmen vor, wie das schützende Instrument des Schnelltests als Zugangsvoraussetzung für Alten- und Pflegeheime besser genutzt werden kann. Frau Enders, um bei Ihrem Vergleich vom halben Glas zu bleiben: Ich verstehe nicht, warum das Glas nicht schon lange voll ist. Am 10. August, am 27. Oktober, am 30. Oktober, am 8. Dezember, am 15. Dezember 2020 und zuletzt am 14. Januar 2021 haben wir das gefordert.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt, Ende Januar, wachen Sie schließlich auf und wollen die personellen Engpässe bei der Durchführung der Schnelltests in Pflegeeinrichtungen abmildern. Da in der Pandemie nach Ihrer Auffassung Zeit keine Rolle spielt, wird dafür erst einmal eine Kampagne aufgelegt, um Freiwillige zu mobilisieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mal ehrlich, wieso wurde nicht schon früher interveniert? Wieso haben Sie den Pflegeeinrichtungen in den letzten Monaten nicht mit entsprechendem Personal geholfen? Die Versäumnisse der letzten Monate jetzt mit Freiwilligen gutmachen zu wollen, ist ein absolutes Regierungsversagen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte es noch einmal hervorheben: Wir haben heute den 27. Januar 2021. Genau vor einem Jahr – wir haben das wiederholt gehört – wurde der erste Deutsche positiv auf das Coronavirus getestet. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Alten- und Pflegeeinrichtungen gehören zu den gefährdetsten Gruppen. Das wissen wir alle. Hier muss sofort und unverzüglich mit Personal, das einsatzbereit ist, gehandelt werden. Dies ist auch kein Wunschtraum von mir, sondern eine Bitte der Verteidigungsministerin an Länder und Kommunen. Herr Bausback, Sie haben völlig recht. Aber auch die Ministerpräsidenten wurden in einem persönlichen Gespräch mit der Verteidigungsministerin darauf hingewiesen, Corona-Amtshilfe zu melden. 20.000 Soldaten stehen jetzt und sofort zur zusätzlichen Unterstützung der Tests bereit. Schützen Sie die vulnerablen Gruppen sofort!

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Dr. Spitzer. – Ich rufe als nächsten Redner Herrn Helmut Radlmeier für die CSU-Fraktion auf.

Helmut Radlmeier (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus! Ich werbe heute um Zustimmung zum Antrag der CSU und FREIEN WÄHLER betreffend "Freiwillige als Unterstützung für Pflegeeinrichtungen gewinnen". In unserem Antrag begrüßen wir ausdrücklich – ich betone: ausdrücklich – den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 5. Januar 2021. Der Beschluss sieht eine gemeinsame Initiative von Bund und Ländern vor, um Freiwillige zu gewinnen, die in Pflegeeinrichtungen Schnelltests durchführen. Aufgrund des Alters und von Vorerkrankungen sind Bewohner von Pflegeheimen besonders zu schützen. Dank der ergriffenen Maßnahmen gehen Gott sei Dank die Infektionszahlen zurück.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Einschränkungen, so hart sie sind, wirken. Das ist das Licht am Horizont. Allerdings sieht es immer noch düster aus. Man sieht, wie rasch sich das Virus in den Heimen verbreiten kann. Die Meldungen über aggressivere und ansteckendere Mutationen sind umso alarmierender. Der Eintrag

dieser Virusvarianten in die Senioreneinrichtungen wäre verheerend. Deshalb steht die Sicherheit der Menschen in den Pflegeeinrichtungen in Bayern und in ganz Deutschland an erster Stelle, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Gleichzeitig muss man aber auch Besuche ermöglichen, um eine Vereinsamung zu verhindern. Wir Menschen sind soziale Wesen, die Kontakte und Nähe brauchen. Diese beiden Enden bringt man zusammen, indem man umfangreich testet. Gerade mit den Schnelltests haben Bewohner, Besucher und die Pflegenden rasch Gewissheit.

Die Frage der Finanzierung dieser Tests ist zum Glück geklärt. Durch die Testverordnung des Bundes ist die Finanzierung geregelt und gesichert. Testen ist also möglich; Testen wird bezahlt. Doch Testen erfordert Personen, die diese Tests durchführen. Auf den ersten Blick bietet sich dafür natürlich das Personal in den einzelnen Pflegeeinrichtungen an. Allerdings ist man als Pflegekraft im sogenannten Alltag ohnehin schon mehr als ausgelastet, stellenweise auch überlastet. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch sagen: Unsere Pflegekräfte arbeiten Tag für Tag ein unglaubliches Pensum sehr gut ab. Doch irgendwann ist bei jedem der Punkt erreicht, an dem nicht mehr geht, als ohnehin schon angedacht war. Jedem muss bewusst sein: Zusätzliche Aufgaben sind von diesem Personal auf Dauer nicht zu stemmen. Das Personal braucht deshalb rasch Unterstützung. Freiwillige können hier eine echte Hilfe, eine echte Unterstützung sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir fordern die Staatsregierung aus diesem Grund auf, in Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen zeitnah eine umfassende und öffentlichkeitswirksame Kampagne zur Mobilisierung von Freiwilligen zu starten, welche unsere Pflegeeinrichtungen in Bayern dann unterstützen. Ich bin mir sicher, dass es bei uns im Freistaat viele Menschen gibt, die da mit anpacken wollen. Diese Bereitschaft hat sich in Bayern immer wieder deutlich gezeigt. Man muss aber natürlich wissen, wofür und wann man gebraucht wird. Deshalb ist eine Werbekampagne so wichtig. Auf allen Kanälen sollte man potenzielle Unterstützer ansprechen.

Wenn man dann Freiwillige gefunden hat, geht es darum, sie dorthin zu bringen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. In unserem gemeinsamen Antrag stellen wir folgerichtig eine weitere Forderung an die Staatsregierung: Sie soll die fachliche Einweisung der Interessierten durch die Freiwilligenorganisationen regeln und zudem auch die Kosten im Rahmen der vorhandenen Mittel übernehmen.

Bei der Suche nach Freiwilligen muss man nicht bei null anfangen, ganz im Gegenteil. Gerade das gut funktionierende Netz an Hilfsorganisationen bei uns in Bayern, für deren Tätigkeit wir sehr dankbar sind, bietet – das wurde auch von meiner Kollegin der FREIEN WÄHLER angesprochen – eine große Chance, Freiwillige zu gewinnen. Zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit kann man zusätzliches Potenzial heben.

Das Ziel muss in unseren Augen auch sein, dass der im Frühjahr 2020 erfolgreich praktizierte Pflegepool dauerhaft etabliert und genutzt wird. Der Pflegepool wird von der Vereinigung der Pflegenden in Bayern verwaltet. Er hat sich im vergangenen Jahr bewährt. Er speist sich vor allem aus Pflegefachkräften, Pflegehilfskräften und Personen mit einer Ausbildung oder Erfahrung im Gesundheitswesen, die nicht mehr oder nur in Teilzeit in ihrem angestammten, erlernten Beruf arbeiten. Ich nenne eine Zahl: Der Pool ist mittlerweile auf gut 3.700 – genau 3.752 – freiwillige Personen angewachsen.

Durch die Verzahnung des Pools mit den Maßnahmen des Bundes sowie den genannten Akteuren kann man Kräfte gewinnen, die in unseren Pflegeeinrichtungen aushelfen. Dadurch erleichtern wir die Arbeit der Pflegenden. Dadurch ermöglichen wir sichere Kontakte. Dadurch bringen wir ein Stück Normalität in diese Einrichtungen. Aus diesen genannten Gründen bitte ich um Zustimmung für unseren Antrag. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Zwei Kollegen und eine Kollegin haben sich zu einer Zwischen-

bemerkung gemeldet. – Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Dominik Spitzer. Herr Dr. Spitzer, bitte schön.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Radlmeier, Sie haben es gerade eben gehört: Aus der Opposition, auch von den GRÜNEN und von der SPD, kamen viele Anträge und Anregungen. Ich habe sie Ihnen sogar mit dem Datum aufgezählt. Diese Anträge wurden alle abgelehnt. Jetzt erkennen Sie, dass Not am Mann ist, und wollen die Freiwilligen mit auf den Weg nehmen. Warum haben Sie unsere Anträge, unsere Anregungen nicht früher aufgenommen und das bereits umgesetzt?

Helmut Radlmeier (CSU): Wir haben eine dynamische Pandemielage. Das wissen wir alle.

(Lachen)

Wir brauchen in den Entscheidungen, in den Prozessen, in der Strategie ein hohes Maß an Flexibilität und Einsatzbereitschaft. Es wird von jedem von uns gefordert, von der Staatsregierung und von der breiten Öffentlichkeit, das alles mitzutragen. Wir sehen in diesem gemeinsamen Antrag aktuell eine wichtige Entscheidung zur Anpassung der Strategie in die richtige Richtung.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Frau Ruth Waldmann. Bitte. – Entschuldigen Sie bitte, Frau Waldmann, ich höre gerade, dass Herr Krahl sich vor Ihnen gemeldet hatte. – Herr Krahl, Ihre Zwischenbemerkung bitte.

Andreas Krahl (GRÜNE): Geschätzter Kollege Radlmeier, Sie haben den Pflegepool in Bayern angesprochen. Ich möchte von Ihnen gern ein Rechenbeispiel beantwortet bekommen. Die freiwilligen Testhelfer*innen, die sich über den Bund nach einer zwei-stündigen Einweisung in Einsätze in Pflegeeinrichtungen begeben, bekommen 20 Euro in der Stunde an Aufwandsentschädigung. Freiwillige Helfer*innen bekommen

über den Pflegepool in Bayern nach dem Katastrophenschutzgesetz nur den Lohnersatz. Hand aufs Herz: Wo würden Sie sich bewerben? Wie gedenken Sie, diese Diskrepanz aufzulösen?

Helmut Radlmeier (CSU): Der Pflegepool ist im Frühjahr 2020 gestartet. Es sind positive Rückmeldungen von den einzelnen Hilfsorganisationen und auch von der Bundesagentur für Arbeit gekommen.

Jetzt konkret zu Ihrem Beispiel. Ich sage es ganz offen: Es ist bekannt, dass bei den monetären Zuwendungen Unterschiede bestehen. Das ist ein dauernder Prozess. Ich habe es gesagt: Alle sind mit im Boot. Das ist eine Verzahnung verschiedener Akteure. Natürlich muss man diesen Punkt bezüglich des Ausgleichs noch mal diskutieren, weil jeder dieselbe Arbeit und dieselbe Unterstützung erbringt. Das Entscheidende ist aber, dass wir mehr Freiwillige an die Basis bekommen und unterstützend wirken können. Das ist für mich das Entscheidende.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Waldmann, nun sind Sie an der Reihe.

Ruth Waldmann (SPD): Ich bitte um eine Klarstellung. Es geht hier um die Begründung eines Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz auf Bundesebene und um diese Aktion, die auch über die Bundesagentur finanziert und organisiert wird. Sie haben den Eindruck erweckt, als ginge es hier um eine zusätzliche bayerische Initiative, die finanziert und eingespielt werden soll. Soll sich die öffentlichkeitswirksame Kampagne auf die Aktion des Bundes und der Bundesagentur beziehen? Diese Klarstellung wäre interessant.

Das Zweite ist die Frage: Was ist mit den noch nicht geklärten Voraussetzungen, was Haftungsfragen angeht, was die Qualifikation der Helferinnen und Helfer angeht? Wann ist damit auf bayerischer Ebene zu rechnen?

Helmut Radlmeier (CSU): Sie haben die Kampagne auf Bundesebene angesprochen. Aber es war auch diese Ministerpräsidentenkonferenz, also sind die Länder von Haus aus in diese Entscheidungen einbezogen.

Es gibt aktuell die Werbekampagne des Bundes, das ist richtig. Die werden wir auch vom Freistaat Bayern unterstützen. Aber darüber hinaus ist durchaus angedacht, auch hier noch mal aktiv zu werden. Wir in Bayern brauchen nicht die Helfer in Nordrhein-Westfalen oder im Saarland, wo sie natürlich ganz genauso wichtig sind, sondern wir wollen bei uns Werbung für unterstützende Leistungen machen, für Helfer in den Heimen bei uns im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Weitere Zwischenbemerkungen gibt es nicht und weitere Wortmeldungen auch nicht. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/12462 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die AfD-Fraktion, die FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – Ich sehe vier Enthaltungen bei der SPD.

(Horst Arnold (SPD): Die ganze Fraktion enthält sich!)

– Entschuldigung! Es war eine Zustimmung ganz vorne bei der SPD-Fraktion. Ich revidiere das und frage die SPD-Fraktion noch mal gezielt. Sie wollen sich zu diesem Antrag der Regierungsfractionen also enthalten. Ist das richtig? – Gut. Damit enthält sich die SPD-Fraktion. Trotzdem wurde diesem Antrag zugestimmt. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.